

# Geteilte Rhön

## Strukturelle Auswirkungen der innerdeutschen Grenze im ländlichen Raum 1945 bis 1961

Arndt Macheledt

### Abstract

#### ***Divided Rhön. Structural Effects of the Internal German Border in the Countryside from 1945 to 1961***

*The Rhön Mountains are located in the German states of Hesse, Thuringia and Bavaria. For centuries, the northern part of this mountainous region was a territorial possession of the Bishopric of Fulda (Hesse). Hence, it developed a specific form of culture and regional identity that was strongly influenced by Roman Catholicism. After the Second World War, the eastern municipalities around the town of Geisa became part of the Soviet zone of occupation, while the neighbouring communities on the western side were now situated in the American zone. The demarcation line, which later formed the state border between the Federal Republic of Germany and the German Democratic Republic, thus divided a region that had traditionally been closely connected in terms of its economy and culture. The article analyses the influence of the new border regime on the people living in the frontier districts and its impact on old networks and orientations. It also evaluates the effects of forced migration in post-war rural Germany.*

Die Rhön ist ein deutsches Mittelgebirge, das sich heute auf die Bundesländer Bayern, Thüringen und Hessen aufteilt. Ihr nördliches Gebiet gehörte bis zur Säkularisierung 1803 zu dem geistlichen Territorium der Fürstbischöfe von Fulda. Dadurch bedingt unterschied und unterscheidet sich die konfessionelle Zusammensetzung der Bevölkerung deutlich von den umliegenden Gebieten. Während Hessen und Thüringen im 16. Jahrhundert zu den Kernlanden der Reformation gehörten und bis in das 20. Jahrhundert hinein eine protestantische Bevölkerungsmehrheit aufwiesen, war die nördliche Rhön bis auf wenige einzelne Gemeinden mehrheitlich katholisch geprägt. Diese Umstände führten zu einer starken kulturellen Verbundenheit mit der Bischofsstadt Fulda. Das Untersuchungsgebiet der vorliegenden Studie erstreckt sich auf die Gemeinden um die Kleinstädte Geisa (Thüringen) und Hünfeld (Hessen), die Jahrhunderte lang administrative Zentren des Fürstbistums Fulda in dessen nordöstlichen Gebieten waren und bis 1945 eine weitgehend homogene gesellschaftliche und wirtschaftliche Struktur aufwiesen.

Erst die Aufteilung der Region in verschiedene Besatzungszonen als Folge des Zweiten Weltkrieges führte zu unterschiedlichen Entwicklungen und trennte den bis dahin eng verbundenen Kultur- und Wirtschaftsraum. Die

Bevölkerung der grenznahen Gemeinden versuchte zunächst an den tradierten sozialen und ökonomischen Verflechtungen festzuhalten. Nach dem Krieg lagen die Thüringer Gemeinden des Geisaer Amtes in der Sowjetischen Besatzungszone. Das sich verschärfende Grenzregime der DDR beeinflusste in den 1950er Jahren die Alltagserfahrungen der betroffenen Bevölkerung. Bestehende Verbindungen zwischen den hessischen und thüringischen Dörfern und Kleinstädten wurden Schritt für Schritt eingeschränkt. Gleichzeitig veränderten die großen Migrationsbewegungen dieser Zeit die sozialen Strukturen im ländlichen Raum. Die politische und physische Manifestation der Grenze in den 1950er Jahren führten zu einer erzwungenen Neuorientierung. Fortan stand nicht mehr die Überwindung, sondern die Anpassung an die neuen Realitäten im Zentrum des Handelns der lokalen Akteure.

Dieser Aufsatz geht der Frage nach, wie die betroffenen Bewohnerinnen und Bewohner der Rhön auf die Folgen der Teilung reagierten, welche alten und neuen Netzwerke dabei genutzt wurden oder wie sich die Bewertung der Situation bis 1961 veränderte. Im August dieses Jahres schloss das SED Regime mit dem Bau der Berliner Mauer das letzte Schlupfloch für fluchtwillige Bürger und Bürgerinnen der DDR. Parallel wurden auch die Sperranlagen an der innerdeutschen Grenze massiv ausgebaut. Als Folge sanken die Fluchtzahlen auch in der Rhön drastisch. Austausch, der bis dahin im Vorborgen noch stellenweise möglich war und stattfand, wurde faktisch bis zur Grenzöffnung im Herbst 1989 unmöglich. Das Jahr 1961 bildete den vorläufigen Abschluss der erzwungenen Trennung der Region und des damit verbundenen Entflechtungsprozesses auf sozialer und wirtschaftlicher Ebene. Es begrenzt aus diesem Grund den Untersuchungszeitraum der Arbeit.

Der Aufsatz konzentriert sich zunächst auf die Entwicklung der Landwirtschaft als dem dominierenden Wirtschaftssektor der Region in jener Zeit. Daran schließt sich eine Untersuchung der sozialen Strukturen unter Einbeziehung der Rolle der Kirchen und der Parteibindungen an. Eine wichtige Grundlage bilden dafür die Akten des hessischen Zollgrenzdienstes sowie des Ministeriums für Staatssicherheit in der DDR. Sie geben sowohl Auskunft über die Vorkommnisse in unmittelbarer Grenznähe, enthalten aber auch umfangreiche Berichte über Stimmungen, Proteste und Meinungsäußerungen in der Bevölkerung der grenznahen Dörfer. Vor allem die Akten der Zollbehörden sind bisher von der Forschung kaum beachtet und ausgewertet worden. Die Entwicklungen in der Rhön zeigen beispielhaft die Wirkungsweisen exogener staatlicher Eingriffe auf einen zuvor vergleichsweise einheitlichen Raum und auf die Lebenswelten der ortsansässigen Bevölkerung. Die Arbeit möchte einen Beitrag zu einer integrierten, reziproken deutsch-deutschen Nachkriegsgeschichte leisten und als Anknüpfungspunkt für weitere Untersuchungen ruraler Grenzräume während des Kalten Krieges dienen.<sup>1</sup>

1 Sie folgt dabei den methodischen Ansätzen von KLESSMANN, *Zwei Staaten*; sowie WEBER, *Getrennt*.

## Nachkriegszeit. Demarkationslinie als *Grüne Grenze*

Das Kriegsende und die Schaffung der Besatzungszonen bedeuteten für die ländlichen Gebiete entlang der Demarkationslinie wie der dünn besiedelten Rhön erhebliche Einschränkungen des wirtschaftlichen Lebens. In besonderem Maße galt dies für die landwirtschaftlichen Betriebe. Viele Höfe verloren den Zugang zu Wirtschaftsflächen, Absatzmärkten und Arbeitskräften jenseits der zuvor bedeutungslosen grünen Grenze. So büßte etwa ein Zulieferer für landwirtschaftliche Produkte im hessischen Tann (Landkreis Fulda) seinen Kundenstamm in Thüringen, der vormals 60 Prozent seines Umsatzes erbrachte, ein.<sup>2</sup> Die wirtschaftlichen Akteure waren auf die bestehenden Netzwerke angewiesen. Neuorientierung sowie die Erschließung neuer Absatzmärkte und Lieferanten gestalteten sich, nicht zuletzt aufgrund der rückständigen Infrastruktur, deutlich schwieriger als im Bereich Industrie und Gewerbe in urbanen Räumen. Besonders betroffen von der neuen Grenze waren die Betriebe mit Ackerflächen auf der jeweils anderen Seite. Allein in den Gemeinden an dem grenznahen Fluss Ulster lagen 64,4 Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche hessischer Bauern auf Thüringer Gebiet. Hingegen betrug der Besitz von Thüringer Bauern auf hessischem Gebiet lediglich 3,14 Hektar. Ab Mai 1952 riegelte die DDR die innerdeutsche Grenze zur Bundesrepublik physisch mit dem Bau eines durchgängigen Grenzzauns und der Verschärfung der Kontrollen entlang der Grenze ab. Vordergründig zum Schutz der eigenen Bevölkerung vor Provokationen aus Westdeutschland, sollten die Maßnahmen jenes Jahres die hohen Fluchtzahlen über wie Staatsgrenze West eindämmen. Bundesbürgern und -bürgerinnen war seit diesem Zeitpunkt das Betreten des fünf Kilometer breiten Sperrgebiets entlang der Grenze gänzlich verboten.<sup>3</sup> Die betroffenen Bauern verloren faktisch über Nacht den Zugang zu ihren Acker- und Weideflächen. Seit diesem Zeitpunkt wurden auf beiden Seiten Pacht- und Treuhandgelder für die Nutzung der Flächen auf Sonderkonten eingezahlt. Die hessischen Bauern erhielten 1958 letztmalig einen Einzahlungsbescheid der Deutschen Notenbank in Meiningen. Ein Transfer auf westdeutsche Konten oder eine direkte Abrufung der währungsbedingt ohnehin sehr niedrigen Beträge war nicht möglich.<sup>4</sup> Bis 1952 war die Bestellung der Flächen durch illegalen Grenzübertritt oder durch Verwandte beziehungsweise Bekannte auf der anderen Seite noch eingeschränkt möglich. Die Schließung bedeutete für die Bauern de facto den Verlust ihrer Flächen jenseits der Grenze. Das grenzübergreifende, persönliche Netzwerk stellte für

2 Die fünfundzwanzig (ehemals selbstständigen) Grenzgemeinden im Ulstertal. Eine Strukturuntersuchung aus dem Landkreis Fulda 1966/69. Untersuchung von Franz Mahr im Auftrag des Landrats über die strukturelle Entwicklung der Grenznahen Gemeinden des LK Fulda, Archiv der Point Alpha Stiftung, Dok. 3337, Bl. 6.

3 Vgl. KOOP, Den Gegner vernichten, S. 44 f.

4 Vgl. Grenzgemeinden im Ulstertal, Bl. 10 f.

viele wirtschaftliche Akteure ein wichtiges Kapital dar, dessen Bedeutung aber mit der Manifestation des Grenzregimes in den 1950er Jahren abnahm.<sup>5</sup>

Trotz Erfordernis einer Sondererlaubnis und verstärkter Kontrollen arbeiteten in der Rhön bis 1952 viele Thüringer Bauern – meist illegal – in landwirtschaftlichen Betrieben auf hessischer Seite, die nun in der amerikanischen Besatzungszone lagen. Das Zollgrenzkommissariat Hünfeld verzeichnete allein im März 1950 60 Personen aus der DDR, die ohne Erlaubnis in seinem Bereich tätig waren, davon 54 in landwirtschaftlichen Betrieben.<sup>6</sup> Grenznahe, geringe Produktivität der Landwirtschaft und die Nachfrage nach Arbeitskräften in den Städten führten ab Ende der 1940er Jahre zu einer starken Abwanderung qualifizierter, landwirtschaftlicher Arbeitskräfte aus der hessischen Rhön.<sup>7</sup> Die Schließung der Grenze ab 1952 verschärfte die Situation. Die Bauern und die lokale Verwaltung versuchten, den steigenden Bedarf an Arbeitskräften in der Landwirtschaft durch die Ansiedlung von Flüchtlingen aus der SBZ beziehungsweise DDR auszugleichen. Der Hünfelder Landrat Heinrich Beck erklärte in einem Schreiben an den Regierungspräsidenten in Kassel die Lage der grenznahen Höfe: Die Bauern sähen sich gezwungen, illegale Grenzgänger zu beschäftigen, um den Betrieb aufrecht zu erhalten. Eine Zurückweisung würde Unverständnis und Protest in der Bevölkerung hervorrufen.<sup>8</sup> Grundsätzlich sah die Anweisung der Landesregierung vor, dass alle Flüchtlinge, die nach Hessen kamen, zuerst in das zentrale Notaufnahmelager Gießen gebracht werden sollten, wo sie registriert und über die Bleibeerlaubnis beschieden wurde.<sup>9</sup> Allein im Kreis Hünfeld, dem nach Fläche und Einwohnerzahl kleinsten hessischen Landkreis an der Zonengrenze, wurden zwischen September 1947 und März 1949 348 Personen aus der SBZ aufgegriffen und in das Lager Gießen überstellt.<sup>10</sup> Das hessische Landesamt für Flüchtlinge wies in einem Rundschreiben im März 1948 eindringlich darauf hin, dass die Gewährung von Asyl ausschließlich ein Hoheitsrecht des Landes sei und nicht von Bürgermeistern oder Landräten in den Grenzkreisen gewährt werden könne, die oftmals versuchten, qualifizierte Flüchtlinge ohne eine Überstellung nach

5 Vgl. SCHAEFER, States of Division, S. 41 f.

6 Zollgrenzkommissariat Hünfeld an Inspektion des Zollgrenzdienstes Bad Hersfeld, 08.03.1950, Hessisches Staatsarchiv Marburg, HStAM, 180 Hünfeld, 4487.

7 Grenzgemeinden im Ulstertal, Bl. 13.

8 Landrat Hünfeld an Regierungspräsident Kassel, 22.08.1950, HStM, 180 Hünfeld, 4487. Die Landesregierung war bestrebt, die Flüchtlinge gemäß einem Verteilungsplan auf Grundlage des Notaufnahmegesetzes von 1950 den Städten und Landkreisen zuzuteilen. Das eigenmächtige Vorgehen der Bürgermeister in den grenznahen Gemeinden behinderte dessen Umsetzung. Auch 1951 war diese Praxis noch nicht verschwunden. Der Regierungspräsident drohte daraufhin disziplinarische Konsequenzen an. Regierungspräsident an Landräte und Oberbürgermeister, 15.01.1951, HStAM, 180 Hünfeld, 4530.

9 Zu den Auswirkungen und Prozessen der innerdeutschen Migration allgemein v. a.: WOLFF, Die Mauergesellschaft. Zu Organisation und Entwicklung des Aufnahmelagers Gießen: VAN LAAK, Einrichtung im Übergang.

10 Vier von ihnen entzogen sich durch Flucht der Überstellung. Alle anderen Personen erhielten eine Aufenthaltsgenehmigung für Hessen. Liste der Zonenflüchtlinge im Kreisgebiet, HStAM, 180 Hünfeld, 4530.

Gießen in ihren Gemeinden zu halten, oder sie mit Aufnahmeerklärungen ausstatteten. Der für die Rhön zuständige Regierungspräsident in Kassel stellte klar, dass eine Zuteilung von Arbeitskräften aus dem Lager Gießen für landwirtschaftliche Betriebe nur erfolgen könne, wenn diese unmittelbar existenzbedroht seien.<sup>11</sup> Mangelnde Staatlichkeit und die Ungewissheit über die politische Entwicklung hatten in den hessischen Gemeinden zu einem verstärkten Rückgriff auf alte Netzwerke geführt. Die lokalen Akteure in Politik und Landwirtschaft versuchten, die durch Krieg und Arbeitsmigration bedingten Probleme in den ersten Nachkriegsjahren vor Ort und oftmals entgegen den Vorgaben der Landesregierung zu lösen, von der sie sich wenig Hilfe in der krisenhaften Situation erwarteten. Vielmehr wurden die Vorgaben der Behörden als unnötige Belastung empfunden.

Das Kriegsende und die Aufteilung in verschiedene Besatzungszonen bedeuteten also für die wirtschaftlichen Akteure in der Rhön zunächst keinen markanten Einschnitt für ihr Handeln. Weiterhin bestimmten persönliche Netzwerke und gewachsene Strukturen Handel und Landwirtschaft entlang der Grenze. Deren zunehmende Sicherung durch Polizeikräfte auf beiden Seiten wurde als Störelement empfunden. Probleme, die sich aus Arbeitsmigration und Flucht ergaben, wurden ebenfalls meist vor Ort zu lösen versucht, ohne die offiziellen Vorgaben der Regierungsbehörden zu befolgen. Die Herausforderungen durch Material- und Arbeitskräftemangel sowie Ungewissheit über die weitere Entwicklung stärkten in dieser Zeit die Bedeutung lokaler und erprobter Handlungsmuster.

### Manifestation. Sperrgebiet und Zonenrand

Erst die Gründung der beiden deutschen Staaten 1949 und die daraus resultierende Verschärfung der Situation an der faktischen Staatsgrenze führten zu einer allmählichen Neubewertung und Umorientierung der grenznahen Bevölkerung. Besonders deutlich trat dies an den Höfen, die unmittelbar an der Grenze lagen, zu Tage. Die auf DDR-Gebiet liegenden Gebäude und Einrichtungen wurden ab 1952 gesperrt und mit dem weiteren Ausbau der Grenzanlagen schließlich abgerissen. Das bekannteste Beispiel dieser Art war die Buchenmühle, nahe der Gemeinde Eiterfeld (Kreis Hünfeld). Während sich das Haupthaus und die meisten Wirtschaftsgebäude des aus dem 16. Jahrhundert stammenden Hofes auf hessischem Gebiet befanden, standen das Auszughaus sowie der Brunnen auf Thüringer Seite. Ab 1952 war es dem hessischen Eigentümer nicht mehr gestattet, die östlichen Teile seines Anwesens zu betreten. Der Grenzzaun wurde zwischen den Gebäuden errichtet. Auch der Brunnen und die Wasserversorgung wurden durch die

<sup>11</sup> Hessisches Landesamt für Flüchtlinge. Rundschreiben an Landräte und Oberbürgermeister, 13.03.1948, HStAM, 180 Hünfeld, 4488. Regierungspräsident Kassel an Landräte und Oberbürgermeister, 15.04.1948, ebenda.

Grenzpolizei unterbrochen beziehungsweise unbrauchbar gemacht.<sup>12</sup> Das Bild des von Zaun und Fahrzeugsperren zertrennten Hofes wurde in den 1950er Jahren regional und überregional durch zahlreiche Presseberichte und Publikationen, unter anderen des Ministeriums für gesamtdeutsche Fragen, verbreitet. Es symbolisierte auch über die Region hinaus die existenzielle Krise, in die viele Bauern entlang der innerdeutschen Grenze geraten waren. Der Abriss der Gebäude auf der östlichen Seite 1961 führte noch einmal zu großem medialem Interesse und wurde von regionalen und überregionalen politischen Akteuren aufgegriffen und verbreitet.<sup>13</sup> Diese Vorgänge trugen zur Eigen- und Fremdwahrnehmung des westdeutschen Zonenrandgebiets erheblich bei. Für die betroffenen Betriebe bedeutete die Schließung der Grenze erhebliche Einschnitte und Veränderungen ihres wirtschaftlichen Handelns. Vorhandene Netzwerke und die lokale Ebene waren nicht länger in der Lage, zur Lösung dieser Probleme beizutragen. Die Betroffenen wandten sich nun direkt an überregionale Stellen, um einen Ausgleich für die entstandenen Schäden zu erhalten. Beispielhaft dafür sind die mehrjährigen Bemühungen Otto Faulstichs, Betreiber des Lörnhofes in der Gemeinde Mittelaschenbach (Kreis Hünfeld), der unmittelbar an der Grenze lag. Faulstich hatte bereits 1949 eine Wasserleitung von dem Brunnen auf der östlichen Seite seines Grundstückes zu seinem Hof auf hessischem Gebiet errichtet. Diese wurde 1952 bei der Errichtung des Grenzzaunes zerstört, worauf er den Schaden von 1000 DM und den Verlust mehrerer Stücke Vieh bei dem Landrat des Kreises Hünfeld geltend machte. Auch beklagte er ein Gefühl der Unsicherheit in seinem Wohnhaus durch die Nähe zur Grenze und zu den ostdeutschen Grenzpolizisten. Er verlangte eine stärkere Überwachung seines Grundstückes durch den Bundesgrenzschutz.<sup>14</sup>

Hatten die Bewohnerinnen und Bewohner und vor allem die Bauern der grenznahen Gemeinden in den ersten Nachkriegsjahren die Präsenz von Zoll und Polizei noch als lästig empfunden, da sie ihre – oftmals illegalen – grenzübergreifenden Geschäfte und Transportwege behinderten, führten die neuen Realitäten ab 1952 zu einem veränderten Sicherheitsbedürfnis und der Akzeptanz, ja sogar der Forderung nach mehr Präsenz von Uniformträgern.<sup>15</sup> Der Kreisausschuss des Landkreises ging nach mehreren Eingaben Faulstichs mit 500 DM für das Ministerium für Gesamtdeutsche Fragen in Vorleistung,

12 Vgl. CHRISTMANN/LEISTER, Zur eigenen Sicherheit, S. 47 f.

13 Der Abriss wurde durch den Bundesgrenzschutz dokumentiert. Am gleichen Tag reisten der Hünfelder Landrat Heinrich Beck und Vorsitzende der hessischen CDU Wilhelm Fay in Begleitung von Reportern zu der Mühle. Fuldaer Volkszeitung, 15.09.1961, S. 5.

14 Landrat Oskar Faulstich. Vorsprache bei Landrat Beck in Hünfeld, 01.08.1952, HStAM, 180 Hünfeld, 5783.

15 Die Furcht der Anwohner und illegalen Grenzgänger richtete sich vor allem gegen die Angehörigen der Deutschen Grenzpolizei (DGP) der DDR, die sich oft härter und vor allem unbestechlicher als die sowjetischen Patrouillen an der Zonengrenze zeigten. Ab 1955 übernahm die DGP vollständig die Kontrolle an den Staatsgrenzen der DDR. Vgl. STÖBER, Rosenkranzkommunismus, S. 59.

das 1953 die Summe von 4400 DM als Zuschuss für den Bau eines neuen Brunnens bewilligte. 1954 erhielt der Landwirt 822 DM aus dem Ausgleichsfond der Hessischen Landesregierung für die Errichtung eines elektrischen Viehzaunes. Noch einmal 400 DM bewilligte das Regierungspräsidium in Kassel als einmaligen Härteausgleich. Durch dasselbe Programm erhielt auch der Besitzer der Buchenmühle 11 600 DM für notwendige Um- und Neubauten seiner Wirtschaftsgebäude.<sup>16</sup> Als Reaktion auf die ökonomischen Entwicklungen an der Grenze legten die hessische Landesregierung und die Bundesregierung verschiedene Hilfsprogramme auf, um dem wirtschaftlichen Niedergang ganzer Gemeinden entgegenzuwirken. Eine besondere Bedeutung kam dabei dem *Hessenplan* zu. Er wurde 1951 von der sozialdemokratischen Regierung unter Ministerpräsident Georg August Zinn zur Unterstützung wirtschaftlich rückständiger Gebiete aufgesetzt und umfasste neben Infrastrukturprojekten auch die Förderung von Kultur und Bildung sowie ein umfassendes Wohnungsbauprogramm.<sup>17</sup> Bis 1956 erhielt der Kreis Hünfeld im jährlichen Durchschnitt 100 DM pro Einwohner aus diesem Programm.<sup>18</sup> Die Alltagserfahrungen der lokalen Bevölkerung, vor allem der in der Landwirtschaft tätigen Personen, und die finanziellen Förderprogramme führten dazu, dass die Vorgaben der Behörden als einzig relevanter Rahmen akzeptiert wurden. Gleichzeitig schwand die Bedeutung tradierter Verbindungen, die nach 1945 zunächst, auch gegen die Bestrebungen staatlicher Stellen, fortgeführt worden waren.<sup>19</sup> Aufgrund der Nichtanerkennungspolitik der Bundesregierung gegenüber der DDR bezeichneten westdeutsche Stellen die finanziellen Programme bis Ende der 1950er Jahre dabei stets als temporäre Hilfsmaßnahmen und nicht, wie im Falle der Heimatvertriebenen aus den Gebieten jenseits der Oder-Neiße-Linie, als Entschädigung. Erschwerend für die westdeutschen Bauern kam hinzu, dass keine Kooperation mit den Behörden in der DDR stattfand, um die tatsächlichen Verluste und Schäden zu ermitteln.<sup>20</sup> Mit der sich manifestierenden Realität an der Grenze änderte sich jedoch offenkundig auch der Charakter der Hilfszahlungen, die nun dauerhaft ausgelegt wurden. Diese Entwicklung wurde in folgenden Jahrzehnten durch weitere, umfangreiche Förderprogramme des Landes und des Bundes für die grenznahen Gebiete verstärkt. Vor allem der *Große Hessenplan* ab 1965 und die

16 HStAM, 180 Hünfeld, 5783.

17 Zu den einzelnen Teilbereichen des ersten Hessenplans v. a.: VAN LAAK, Mythos „Hessenplan“.

18 Der landesweite Durchschnitt aller Landkreise lag bei 60 DM: Landrat Hünfeld. Besprechung mit Ministerialbeamten Stanke, 14.12.1956, HStAM, 180 Hünfeld, 47777; Das Wohnungsprogramm galt vor allem der Verbesserung der Lebensverhältnisse der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge im ländlichen Raum. Die hessische SPD nutzte die Erfolge des Hessenplans in den 1950er Jahren massiv für ihre Wahlkämpfe. Unter der Losung „Soziale Aufrüstung des Dorfes“ wurden vor allem die Förderprojekte in den ländlichen Gebieten medial verbreitet. Vgl. CORNELISSEN, Zur Wahlkampfkultur, S. 109.

19 Ähnliche Entwicklungen wurden auch für das Eichsfeld in dieser Zeit nachgewiesen. Vgl. SCHAEFFER, States of Division, S. 119 f.

20 Vgl. ebenda, S. 86–88.

sogenannte Zonenrandförderung der Bundesregierung ab 1971 ermöglichten erhebliche Investitionen und verankerten sich nachhaltig im Bewusstsein der lokalen Bevölkerung.<sup>21</sup>

Auch auf östlicher Seite reagierte die Politik auf die Entwicklungen innerhalb der Fünf-Kilometer-Sperrzone an der westlichen Staatsgrenze.<sup>22</sup> Die Bewohnerinnen und Bewohner sowie die Besucher und Besucherinnen benötigten fortan Passierscheine, um das Gebiet betreten zu können. Um die Zahlen von Fluchten in die Bundesrepublik und den Wegzug von Handwerkern und Fachkräften in das Landesinnere der DDR zu verringern, wurde den Bewohnern und Bewohnerinnen ab 1952 auch wirtschaftliche Vergünstigungen gewährt. Die Renten lagen durchschnittlich 10 Prozent über dem landesweiten Wert. Handwerker und freie Berufe zahlten 10 bis 15 Prozent weniger Steuern. Auch die Abgabequoten für die landwirtschaftlichen Betriebe an die staatlichen Genossenschaften wurden ab Juni 1952 gesenkt.<sup>23</sup> Diese Vergünstigungen waren jedoch nicht im Stande, die Nachteile des Grenzregimes für die Bevölkerung aufzuwiegen und eine ähnliche Bindung wie die westdeutschen Förderprogramme zu entfalten.

Im Jahr der Grenzschließung 1952 wurde somit der Bevölkerung in den grenznahen Dörfern die Faktizität der Staatsgrenze deutlich vor Augen geführt. Die physische Teilung und die zeitgleich umgesetzten Zwangsmigrationen auf östlicher Seite demonstrierten den Machtanspruch der DDR an ihrer westlichen Staatsgrenze und den Willen der Staatsführung, die Formen des illegalen Grenzverkehrs und die massenhafte Flucht ihrer Bürger und Bürgerinnen in die Bundesrepublik dauerhaft zu unterbinden. Die daraus resultierenden materiellen Nachteile der Bauern und Gemeinden führten auf westlicher Seite zu ersten Hilfsprogrammen auf Landes- und Bundesebene. Sie bildeten den Grundstein für eine Vielzahl von Subventionsprogrammen, die vier Jahrzehnte die wirtschaftliche Entwicklung dieser Region prägte, während die Errichtung des Sperrgebiets auf östlicher Seite die Isolation der betreffenden Dörfer und Kleinstädte bedeutete.

## Bodenreform und Kollektivierung

In Westdeutschland blieben die Maßnahmen der verschiedenen politisch-administrativen Ebenen zur Förderung der Landwirtschaft entlang der innerdeutschen Grenze zunächst unkoordiniert und wurden erst im Verlauf der

21 Vgl. KÜHN, *Peripherisierung*, S. 113–119; BÖKENKAMP, *Das Ende des Wirtschaftswunders*, S. 420–424. Die Selbstwahrnehmung als benachteiligtes Zonenrandgebiet blieb auch in den 1990er Jahren ein tradiertes Narrativ in den betroffenen Regionen und diente als Begründung für den Anspruch auf staatliche Subventionen. Vgl. ERDMANN, *Am Ende der Welt*.

22 Vgl. LAPP, *Grenzregime*, S. 23 f. Die Gestalt der innerdeutschen Grenze unterschied sich vor und nach 1961 deutlich von der Sperranlagen rund um Berlin. Vgl. dazu: HERTLE, *Die Berliner Mauer*.

23 Vgl. ebenda, S. 25 f.; sowie GEIER, *Zwangaussiedlungen*, S. 160 f.



1950er und 1960er Jahre schrittweise systematisiert und aufeinander abgestimmt. In der SBZ setzte jedoch schon ab 1945 ein starker Zentralismus unter sozialistischen Vorzeichen ein, der auch die Landwirtschaft in der thüringischen Rhön nachhaltig veränderte. Für die dortigen Bauern bedeuteten diese Entwicklungen einen tiefgreifenden Bruch mit ihrer seit Generationen erfahrenen Lebens- und Arbeitsrealität.<sup>24</sup>

Schon im September 1945 erließ die Regierung des Landes Thüringen, wie auch in allen übrigen Ländern der SBZ, das Gesetz zur Umsetzung einer Bodenreform.<sup>25</sup> Grundbesitz über 100 Hektar wurde entschädigungslos enteignet und unter den „Neubauern“, bisher abhängig beschäftigte Landarbeiter, aufgeteilt. Auch Landwirte, die vor 1945 Mitglied der SS waren oder wichtige Funktionen in NS Organisationen ausgeübt hatten, sollten enteignet werden. Die Reform wurde durch die KPD nach sowjetischem Vorbild initiiert und von der SPD unterstützt. Die Parteien erhofften sich durch diese Neustrukturierung eine Erhöhung der Produktionsanreize der nun selbstständig wirtschaftenden Bauern und dadurch eine Steigerung der Nahrungsmittelproduktion. Auch die zügige Integration der offiziell als Umsiedler bezeichneten Bewohner der ehemaligen deutschen Ostgebiete durch die Zuteilung von Land war ein Ziel der Reform.<sup>26</sup> Die KPD gab dazu die Parole „Junkerland in Bauernhand“ aus. Tatsächlich waren die Besitzverhältnisse in der Landwirtschaft der SBZ deutlich ungleicher als in den westlichen Besatzungszonen. 28 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche war im Besitz von nur 1,1 Prozent der Großbetriebe über 100 Hektar. Dies betraf jedoch vor allem den ostelbischen Raum.<sup>27</sup> In der Rhön mit ihrer traditionell kleinteiligen Landwirtschaft hatte die Bodenreform der Jahre 1945 und 1946 indes wenig Auswirkungen, da faktisch keine Betriebe über 100 Hektar vorhanden waren. Dies galt bis auf wenige Ausnahmen für die gesamte Landwirtschaft in Thüringen. Daher war der Bedarf an zu verteilendem Land wesentlich höher als die von der Neuaufteilung betroffenen Flächen. Eine substantielle Strukturveränderung in den landwirtschaftlichen Eigentumsverhältnissen erfolgte durch die Reform daher nicht.<sup>28</sup>

Folgenreicher gestalteten sich in der Region die Zwangsaussiedlungen des Jahres 1952, von denen auch zahlreiche Bauern und Handwerker betroffen

24 Zu den Auswirkungen der sozialistischen Landwirtschaftspolitik, aber ohne den Faktor Grenze, v. a. BAUERKÄMPER, *Ländliche Gesellschaft*.

25 Die Bodenreform wurde als wichtiger Schritt einer tiefgreifenden Umgestaltung der Landwirtschaft zum Wohle der bisher abhängigen Landarbeiter dargestellt: „Durch die Bodenreform soll der jahrhundertalte Wunsch der landlosen und landarmen Bauern von der Übergabe des Großgrundbesitzes in ihre Hände erfüllt werden. Somit ist die Bodenreform die wichtigste Voraussetzung der demokratischen Umgestaltung und des wirtschaftlichen Aufstiegs unseres Landes.“ Gesetz über die Bodenreform im Lande Thüringen vom 10.09.1945, in: WEIGELT, *Quellen zur Geschichte Thüringens*, S. 30 f.

26 Vgl. STEINER, *Von Plan zu Plan*, S. 38.

27 Vgl. SCHNEIDER, *Das Modell Sowjetunion*, S. 47 f.

28 Vgl. WELSH, *Staatliche Institutionen*, S. 181.

waren. Sie dienten der besseren Kontrolle des grenznahen Raumes durch Entfernung politisch als unzuverlässig eingestufte Personen. Begleitet wurden die Aktionen mit massiver staatlicher Propaganda zur Mobilisierung der Bevölkerung. Sie stellten ein typisches Merkmal kommunistischer Gewaltherrschaft nach sowjetischem Vorbild dar.<sup>29</sup> Im Kreis Bad Salzungen, zu dem die Rhöngemeinden um Geisa gehörten, wurden 350 Personen im Juni 1952 in rückwärtige Kreise der DDR zwangsweise ausgesiedelt. Weitere 637 entzogen sich der Maßnahme durch Flucht über die Grenze in die Bundesrepublik.<sup>30</sup> Gerüchte über die bevorstehenden Maßnahmen sorgten für erhebliche Unruhe in den Dörfern und ließen die Fluchtbewegung nach Westen ansteigen. Mitunter flohen ganze Bauernfamilien samt ihrem beweglichen Besitz in den Westen. Allein in dem kleinen Ort Wiesenfeld bei Geisa flohen zehn Familien unmittelbar vor der Aussiedlungsaktion mit ihrem gesamten Viehbestand nach Hessen. Die Volkspolizei registrierte, dass sie die betreffenden Höfe gänzlich verlassen und unverschlossen vorfand. Im Nachbarort Spahl floh ein Bauer mit zehn Kühen, einem Pferd sowie sämtlichen Möbeln und Wäsche aus Furcht vor der Aussiedlung, obwohl er nicht zu dem festgelegten Personenkreis gehörte.<sup>31</sup>

Neben der Mitgliedschaft in „bürgerlichen Parteien“ oder dem Vorwurf, ehemals aktiver Nationalsozialist gewesen zu sein, wurde im Sperrgebiet des Kreises Bad Salzungen vor allem der Vorwurf der „Grenzgängerei“ oder „Schieberei“ erhoben.<sup>32</sup> Die engmaschigen persönlichen, oftmals familiären Netzwerke in die hessischen Nachbargemeinden, die bis dahin einen wichtigen Faktor für die Produktion und den Gütertausch in der Rhön darstellten, wurden durch diese Maßnahmen und der daraus resultierenden Einschüchterung der Bevölkerung wirkungsvoll zerschnitten. Ab 1952 waren die grenzübergreifenden Formen der Landwirtschaft und des Handels in der Rhön nahezu unmöglich beziehungsweise nur noch unter sehr hohen Risiken für den eigenen Betrieb und die eigene Familie möglich. Als Handlungsoptionen blieben den Bauern in den Thüringer Gemeinden fortan nur die Anpassung an die neuen, staatlich vorgegebenen Strukturen oder die Flucht in die Bundesrepublik. Letzteres bedeutete freilich den vollständigen Verlust von Grund und Boden. Die Aufgabe der Heimat und der

29 Vgl. GEIER, Zwangsaussiedlungen, S. 144f. Zu Planung und Ausführung der Zwangsaussiedlungen 1952 in den thüringischen Grenzgebieten v. a. BENNEWITZ/POTRATZ, Zwangsaussiedlungen, S. 51–62.

30 Bericht KV Bad Salzungen an LV Thüringen, 19.06.1952, BStU, MfS, BV Suhl, KD Bad Salzungen, Nr. 19.

31 VP Kreisamt Bad Salzungen Operativstab an die Landesbehörde der VP Weimar, 07.06.1952, BStU, MfS, BV Suhl, KD Bad Salzungen, Nr. 52.

32 Deutsche Grenz Bereitschaft Dermbach. Aufstellung von verdächtigen und beschuldigten Personen im Wirkungsbereich der Grenzkriminalpolizei der Deutschen Grenz Bereitschaft Dermbach, 23.05.1952, BStU, MfS, BV Suhl, KD Bad Salzungen, Nr. 36. Die Zahl von Grenzgängern und Schmugglern unter den Ausgesiedelten war in Thüringen besonders hoch lag im gesamten Thüringer Grenzgebiet bei 41,9 %, vgl. GEIER, Zwangsaussiedlungen, S. 152f.

eigenen, oft seit vielen Generationen bewirtschafteten Scholle bildete ein tief verankertes Narrativ in der Erinnerung der Betroffenen. Das Schicksal der in die Bundesrepublik Geflüchteten wurde medial aufgegriffen und fester Bestandteil der Einschätzung der Bevölkerung in der hessischen Rhön über die Zustände jenseits der Grenze.<sup>33</sup> Die hohen Flüchtlingszahlen und die Folgen der Zwangsaussiedlungen belasteten zunehmend die Landwirtschaft im Sperrgebiet der DDR. In den zehn Grenzkreisen Thüringens gab es 1952 insgesamt 310 leerstehende Höfe. Stellenweise wurden Schüler landwirtschaftlicher Fachschulen oder Industriearbeiter eingesetzt, um die Ernte einzuholen und das Vieh zu versorgen. Die Maßnahmen blieben allerdings unzureichend, woraufhin eine Kommission eingesetzt wurde, die den Zuzug von Arbeitskräften in diese Regionen vorantreiben sollte.<sup>34</sup> In den folgenden Jahren wurden vor allem Mitglieder des SED und des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) in den verlassenen Objekten angesiedelt, die durch politische Zuverlässigkeit die Loyalität der Bevölkerung im Grenzgebiet gegenüber dem Staat stärken und sie gleichzeitig kontrollieren sollten.<sup>35</sup>

Die Bodenreform hatte nicht zu der angestrebten Erhöhung der Produktion von Agrarprodukten geführt.<sup>36</sup> Die Regierung in Ostberlin forcierte daher ab 1952 die vollständige Kollektivierung der Landwirtschaft. Sie folgte damit einerseits dem marxistisch-leninistischen Dogma, die Kleinbauern als Bündnispartner für die Umgestaltung der Gesellschaft und der Wirtschaft zu gewinnen. Andererseits vertrat sie die Auffassung, dass die notwendige Steigerung der Produktivität in der Landwirtschaft nur durch die Schaffung von Großbetrieben erreicht werden könne.<sup>37</sup> Auf ihrer zweiten Parteikonferenz rief die SED im Juli 1952 die Bauern auf, freiwillig an der Kollektivierung und so am „Aufbau des Sozialismus“ mitzuwirken. Den Privatbauern wurden bei Nichterfüllung des Solls gemäß Fünfjahresplan von 1951 Geld- und Haftstrafen angedroht.<sup>38</sup> Waren die Bauern in der Rhön von der Bodenreform 1945 noch weitgehend unberührt geblieben, erhöhte sich nun auch dort der

33 Als politische Reaktion auf die Zwangsaussiedlungen und die Entwicklungen innerhalb des Fünf-Kilometer-Sperrgebiets erfolgte 1953 ein Erlass des Bundesministers für gesamtdeutsche Fragen, wonach der Familienzuzug von Personen aus dem Sperrgebiet der DDR zu einem Ernährer in der Bundesrepublik grundsätzlich zu gewähren sei. Zu diesem Zeitpunkt waren bereits 155 Personen registriert, die zu ihren Angehörigen im Kreis Hünfeld geflohen waren. HStAM, 180 Hünfeld, 4530.

34 293 der freigewordenen Höfe waren unmittelbare Folgen der Zwangsaussiedlungen. Weitere 317 standen wegen der Flucht ihrer Besitzer nach dem Westen leer: Schreiben des Ministeriums für Land und Forstwirtschaft an das Ministerium des Innern Erfurt über Maßnahmen zur Bewirtschaftung frei gewordener Betriebe im Grenzgebiet, 01.07.1952, in: WEIGELT, Quellen zur Geschichte Thüringens, S. 54–55.

35 Vgl. LAPP, Grenzregime, S. 523.

36 Oft erwiesen sich die verteilten Parzellen als zu klein, um eine existenzsichernde Landwirtschaft darauf zu betreiben. Auf dem gesamten Gebiet der DDR gaben bis 1952 60 000 Neubauern (29%), ihre Flächen an den Staat zurück. Vgl. STEINER, Von Plan zu Plan, S. 67 f.

37 Vgl. SCHÖNE, Der „sozialistische Frühling“, S. 78.

38 Bis Januar 1953 wurden in der DDR rund 1250 Bauern wegen Nichterfüllung des Plansolls als „Schieber“, „Spekulant“ oder „Saboteur“ verurteilt. Diese Prozesse dienten auch dazu, den Druck auf die Bauern zum Beitritt in die LPG zu erhöhen. Vgl. STEINER, Von Plan zu Plan, S. 73 f.

staatliche Druck, den Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) beizutreten. Dies umfasste die Übertragung von Ackerland, Vieh und Maschinen in die LPG. Im gesamten Bezirk Suhl<sup>39</sup> bestanden bis 1955 noch 65 972 Betriebe mit Flächen unter fünf Hektar, davon wurden 64 102 privat betrieben.<sup>40</sup> Der Bezirk lag damit über dem landesweiten Durchschnitt. Die Organe der Partei versuchten daher ab 1952 offensiv die Beitrittsquoten der Bauern zu erhöhen. Die Erfolge fielen regional sehr unterschiedlich aus. Während in einigen Gebieten des Bezirks auch im östlichen Gebiet des Kreises Bad Salzungen die kleinteilige Struktur und die wenig rentable Landwirtschaft den Eintrittswillen der Bauern begünstigte, wehrten sich vor allem die katholischen Bauern aus dem Geisaer Amt in den 1950er Jahren hartnäckig. Die sozialen Strukturen der Dörfer hatten direkten Einfluss auf den Erfolg des staatlichen Werbens für die Kollektivierung.<sup>41</sup> Zwar führte die Praxis zu wachsender Unzufriedenheit der ländlichen Bevölkerung mit der Politik der SED und zu weiteren Fluchten nach Westdeutschland, dennoch verzeichnete der Bezirk Suhl bis 1961 DDR-weit die geringsten Fluchtzahlen, die auf die Kollektivierung zurückzuführen waren. Die Verbundenheit mit der Heimat und dem eigenen Hof sowie Immobilität der Landbevölkerung begünstigten deren Verbleiben.<sup>42</sup>

Dennoch kam es auch in der Rhön zu direkten Konfrontationen zwischen den betroffenen Bauern und staatlichen Stellen. In Kranlucken bei Geisa trat der Landwirt Hermann Fink im Sommer 1961 aus der LPG aus und protestierte öffentlich gegen die staatlichen Zwangsmaßnahmen. Zahlreiche Bauern der Umgebung folgten seinem Beispiel und stellten ihrerseits Austrittsanträge, nachdem sie zuvor unter Zwang dem Eintritt in die LPG zugestimmt hatten. Fink wurde am 4. August 1961 zusammen mit seinem Sohn festgenommen und einen Tag später in die Bundesrepublik abgeschoben, indem beide Männer in der Nähe ihres Wohnorts von Angehörigen der Volkspolizei über die Grenze getrieben wurden. Im Gegensatz zu anderen Vorkommnissen im Grenzgebiet wurde dieser Fall von der Propaganda der SED landesweit publik gemacht, um weitere LPG-Austritte zu verhindern. Auch die westdeutsche Presse berichtete über den Fall.<sup>43</sup> Während die Kollektivierung nach einer intensiven Kampagne der SED und anderer Organisationen der Nationalen

39 Die Länder der DDR wurden im Juli 1952 aufgelöst und das Staatsgebiet in Bezirke unterteilt. Auf dem Gebiet Thüringens wurden die Bezirke Erfurt, Gera und Suhl gegründet. Letzterer war der kleinste aller 14 Bezirke und umfasste die südthüringischen Gebiete inklusive dem Kreis Bad Salzungen. Vgl. POST/WAHL, Thüringen-Handbuch, S. 59.

40 Staatliche Zentralverwaltung für Statistik, Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1955, S. 196.

41 Die Demokratische Bauernpartei Deutschlands (DBD), die in den 1950er Jahren auf Weisung der SED unter den Bauern massiv für den Eintritt in die SED warb, konnte in den katholischen Gebieten kaum Fuß fassen, da dort die (Ost-)CDU als einzige bürgerliche Partei dominierte. Vgl. BAUER, Blockpartei, S. 365 f.

42 Vgl. WÜRSCHI, Rennsteigbeat, S. 103 f.

43 Landwirtschaft. Dorf gesäubert, Der Spiegel 34 (1961), S. 20.

Front im Sommer 1960 republikweit als nahezu abgeschlossen betrachtet werden konnte, weigerten sich die Bauern in den katholischen Dörfern der Rhön weiterhin in großer Zahl, ihre Selbstständigkeit aufzugeben. Noch im Mai 1961 beklagt das MfS die geringen LPG Mitgliederzahlen und machte dafür auch die Widerstandshaltung der katholischen Kirche verantwortlich. Allerdings wurde auch auf das Beispiel der LPG in der Gemeinde Motzlar hingewiesen, die sehr unproduktiv wirtschaftete und ein negatives Bild der staatlichen Genossenschaften in die umliegenden Dörfer ausstrahlte. In einigen Gemeinden hatten sich Bauern privat zusammengeschlossen, um ihre Felder gemeinsam zu bewirtschaften und so die Mitgliedschaft in der LPG zu umgehen.<sup>44</sup> Erst durch „verstärkte Agitationseinsätze“ nach dem Bau der Berliner Mauer im August 1961 und der Verschärfung der Maßnahmen an der innerdeutschen Grenze wurde auch in der Sperrzone der Eintritt der meisten Bauern in die LPG erreicht.<sup>45</sup>

Während die hessischen Bauern der Rhön zunehmend abhängig von staatlichen Ausgleichszahlungen für ihre grenznahe Lage wurden, stieg in den thüringischen Gemeinden der politische Druck zum Eintritt in die sozialistischen Produktionsgenossenschaften. Vor allem in den katholisch geprägten Orten trafen diese Bestrebungen der Staats- und Parteiführung auf erheblichen Widerstand, der länger bestehen blieb als in den übrigen Gebieten der DDR und massive Repression bis hin zu Ausweisungen einzelner Landwirte hervorrief. Nach den Erfahrungen des Jahres 1952 bedeutete die Zwangskollektivierung eine weitere Erfahrung für die lokale Bevölkerung, die prägend für das kollektive Gedächtnis wurde und nachhaltig die ökonomischen Strukturen veränderte.

## Soziale Milieus

Das Geisaer Amt in der thüringischen Rhön bildete neben dem Eichsfeld das einzige zusammenhängende Gebiet mit einer katholischen Bevölkerungsmehrheit in der DDR. Wie dieses waren auch die Rhöngemeinden nach 1945 weiterhin Teil des Bistums Fulda. Damit einher ging eine starke kulturelle Bindung und Orientierung zu der osthessischen Bischofsstadt. Seit der Aufhebung und Zerschlagung des Fürstbistums Fulda 1803 bildete das Bekenntnis zur katholischen Konfession einen zentralen Bestandteil der Selbstwahrnehmung der Rhönbevölkerung und führte zu einer scharfen Abgrenzung gegenüber den sie umgebenden, mehrheitlich protestantisch geprägten Regionen. Diese Minderheitenposition blieb auch nach dem Zweiten Weltkrieg bestehen. Sowohl in dem erst 1946 gebildeten Bundesland Hessen als auch in Thüringen war eine deutliche Mehrheit der Bevölkerung

44 MfS – Kreisdienststelle Bad Salzungen an das MfS – Bezirksverwaltung Suhl, 24.05.1961, BStU, MfS; BV Suhl, KD SLZ, Nr. 1868, Bl. 74.

45 MfS KD Bad Salzungen an MfS BV Suhl, 08.09.1961, ebenda, Bl. 84.

evangelisch.<sup>46</sup> Aufgrund der ökonomischen Rückständigkeit gab es vor 1933 kaum Zuzug in der Rhön. Vielmehr war sie durch Abwanderung geprägt, wodurch die bestehenden konfessionellen sozialen Milieus weitgehend homogen blieben.<sup>47</sup> Eine soziale Vermischung der Konfessionen existierte vor 1933 faktisch nicht. Konfessions- und Gemeindegrenzen waren deckungsgleich. Die wenigen protestantischen Orte bildeten in sich geschlossene soziale Milieus mit eigener Vereinsstruktur. Für die protestantische Enklave Tann (Landkreis Fulda) bedeutete die Grenzziehung, dass sie nun von den evangelischen Gemeinden in Thüringen getrennt war, die über Generationen das Reservoir für Heirat und Familiengründung gebildet hatten, da die Stadt auf hessischer Seite vollständig von katholischen Gemeinden umgeben war.<sup>48</sup>

Die Sowjetische Militäradministration in Thüringen (SMATH) unter General Wassili Tschuikow zeigte sich den Kirchen gegenüber toleranter als in der übrigen SBZ. Die SMATH stellte sich damit gegen die radikaleren Vorstellungen der deutschen Kommunisten bezüglich des Umgangs mit den Kirchen und gewährte diesen anfänglich mehr Freiräume, um sie als Bündnispartner zu gewinnen und in das System zu integrieren. Ab 1947 nahmen jedoch auch in Thüringen die Repressionen gegen die Kirchen und ihre Vertreter, in Form von Verhaftungen, einer strengeren Überwachung und der Verdrängung des Religionsunterrichts aus den öffentlichen Schulen, zu.<sup>49</sup> Als Reaktion untersagte die katholische Kirche ihren Geistlichen die Mitarbeit in Organisationen der Nationalen Front der DDR und gab die Parole des „Überwinterns“ aus. Sie äußerte sich fortan nur noch bei Fragen, die unmittelbare kirchliche Angelegenheiten berührten.<sup>50</sup> Ein zentrales Konfliktfeld bildete die Jugendarbeit der katholischen Kirche, die dem Monopolanspruch der Freien Deutschen Jugend (FDJ) entgegenstand. Zwar betätigten sich bei der Gründung der FDJ 1946 auch Vertreter der katholischen Kirchenjugend, doch betrieb die Kirche parallel Strukturen eigener Jugendarbeit, getarnt unter anderem als Bibelkreise, Messdienergruppen.<sup>51</sup> Die Kreisleitung der FDJ in Bad Salzungen beklagte 1952, dass in den katholischen Dörfern der Rhön ihre Arbeit durch die kirchlichen Jugendgruppen behindert werde. Diese würden, entgegen der kirchlichen Beteuerung, sich nur um religiöse

46 Von den 2,9 Millionen Einwohnern Thüringens waren 1946 489 000 (16,6%) katholisch. Vgl. BRAUN, Daten, S. 1073.

47 Vgl. WEICHLIN, Sozialmilieus, S. 45 f. Die Mischehe zwischen Protestanten und Katholiken blieb in der hessischen Rhön auch in den 1950er und 1960er Jahren eine selten vorkommende Erscheinung, vgl. ebenda, S. 45.

48 Fünfundzwanzig Gemeinden des Ulstertals, Bl. 40 f.

49 Vgl. NEUBERT/Auerbach, „Es kann anders werden“, S. 35 f.; sowie MASER, Niemals voll in das Regime integriert, S. 20–23.

50 Die Bischöfe untersagten ihren Priestern politische Fragen staatlicher Stellen zu beantworten. Diese sollten an die jeweiligen Bischöfe verwiesen werden. Vgl. EHM, Herde, S. 50 f.

51 Vgl. ebenda, S. 164. Im Kreis Heiligenstadt (Eichsfeld) war sogar der erste Kreisleiter der FDJ Mitglied der CDU und praktizierender Katholik. Erst 1948 wurde er aus dem Amt gedrängt und durch ein Mitglied der SED ersetzt. Vgl. STÖBER, Rosenkranzkommunismus, S. 70–72.

Angelegenheiten der Jugend zu kümmern, sogar Sportgruppen und Arbeitsgemeinschaften gründen. In Geisa gab es zu dieser Zeit 70 Mitglieder der FDJ gegenüber 170 Angehörigen der katholischen Pfarrjugend.<sup>52</sup> Noch bis zur Grenzschießung 1952 besuchten zudem Absolventen der dortigen Lateinschule in kirchlicher Trägerschaft die bischöfliche Marienschule in Fulda.<sup>53</sup> Die faktische Abtrennung von dem Bistumssitz, der zugleich kultureller und kirchlicher Bezugspunkt war, verstärkte bei den Katholiken in der thüringischen Rhön die Wahrnehmung als Minderheit und führte zu einer zunehmenden Abschottung und Isolation, die durch die Errichtung des Sperrgebiets noch befördert wurde.

Auf hessischer Seite kamen nach 1945 die Vertriebenen aus den ehemaligen Ostgebieten als neue soziale Gruppe hinzu und trafen auf eine sehr homogene Sozialstruktur.<sup>54</sup> Gemäß Verteilungsschlüssel der Alliierten wurden in Osthessen vor allem Vertriebene aus der Tschechoslowakei, die sogenannten Sudetendeutschen, angesiedelt. Im Kreis Hünfeld bildeten die ehemaligen Bewohner und Bewohnerinnen des böhmischen Friedlands die größte Gruppe. Fast 1900 Personen kamen im Mai 1946 in das Kreisgebiet.<sup>55</sup> Im Jahr 1947 wurden 118 Personen, wiederum hauptsächlich aus Böhmen stammend und aus dem Durchgangslager Gießen kommend, dem Landkreis zugeteilt.<sup>56</sup> Bis 1952 stieg der Anteil der Vertriebenen an der Gesamtbevölkerung des dünn besiedelten Landkreises auf 24 Prozent. Ausschlaggebend bei der Verteilung waren nicht die wirtschaftlichen Eingliederungsmöglichkeiten, die in den rückständigen Landkreisen Ost Hessens eher gering ausfielen, sondern lediglich die Aufnahmekapazität durch Wohnraum.<sup>57</sup> Dennoch gelang die ökonomische Integration der neuen Bevölkerungsgruppe in der hessischen Rhön, vor allem seit der Währungsreform 1948, in recht kurzer Zeit. Die Vertriebenen verfügten oft über eine spezialhandwerkliche Ausbildung, vor allem im Textilbereich wie Weber, Stricker oder Handschuhmacher, die nicht in Konkurrenz zu den bestehenden Betrieben trat, sondern eine Erweiterung der regionalen Erzeugnisse darstellte. Die soziale Integration verlief hingegen weniger konfliktfrei und war bis in die 1960er Jahre, und teilweise weit dar-

52 Bericht der FDJ-Kreisleitung Bad Salzungen an Landesvorstand der FDJ Weimar, 27.05.1952, BStU, MfS, BV Suhl, KD Bad Salzungen, Nr. 100.

53 Bis 1949 waren Schüler als regelmäßige Grenzgänger bekannt. Bis 1952 gab es noch Internatschüler aus dem Geisaer Amt an der bischöflichen Marienschule. Gemeinden des Ulstertals, Bl. 26 f.

54 Zu den Grundlinien der Integrationspolitik der hessischen Landesregierungen: MESSERSCHMIDT, Integration.

55 Vgl. Heimatkreisverband Friedland (Hg.), Die Friedlandstube, S. 12 f.

56 In diesem Jahr kamen auch 38 „Wolyniendeutsche“ aus dem Gebiet der Ukraine in das Kreisgebiet. Landrat Hünfeld. Wohnungsbehörde an Regierungspräsident Kassel, 18.12.1947, HStAM, 180 Hünfeld, 4488.

57 Der Landkreist Hünfeld wies damit die dritthöchste Belegungsdichte in Hessen auf. Der Anteil an der hessischen Gesamtbevölkerung betrug 17 %. Die Vertriebenen wurden gezielt in den ländlichen Kreisen angesiedelt, während die kriegszerstörten Städte wie Frankfurt, Kassel oder Gießen nur wenige Vertriebene aufzunehmen hatten. Vgl. ALBRECHT, Die wirtschaftliche Eingliederung, S. 18 f.

über hinaus, vom Rückkehrwillen in die alte Heimat und einer intensiven Kulturpflege geprägt. Noch 1959 wurden zu diesem Zweck in den verschiedenen Gemeinden der Kreises Jugendgruppen der Heimatvertriebenen gegründet.<sup>58</sup> Obwohl es in den ersten beiden Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg auch in der Rhön kaum zu einer sozialen Vermischung zwischen Vertriebenen und ursprünglicher Bevölkerung kam, teilten beide Gruppen in der Region sehr ähnliche Wertvorstellungen und waren mehrheitlich Anhänger der gleichen Konfession.<sup>59</sup> Der Verlust der Heimat und die traumatischen Erfahrungen der Flucht begünstigten konservative Ansichten, wie die starke Bedeutung des Familienverbandes, die anschlussfähig für das ländliche katholische Milieu der Region waren und die zunehmende Assimilation ab den 1960er Jahren begünstigten.<sup>60</sup>

Die sozialen Strukturen entwickelten sich also nach 1945 auf den beiden Seiten der Grenze sehr unterschiedlich. Während in Hessen die Bevölkerung durch die Ansiedelung von Heimatvertriebenen und Flüchtlingen aus der SBZ deutlich anstieg, waren die Gemeinden des Geisaer Amtes durch Abwanderung – meist in die nahegelegenen hessischen Dörfer – geprägt. Die Aufnahme und Integration neuer Gruppen auf der einen sowie die Konfrontation mit staatlichen Vorgaben, die auf die tiefgreifende Veränderung bestehender Strukturen und Traditionen abzielte, auf der anderen Seite bildeten die wichtigsten Faktoren für die Entwicklung der dörflichen Gemeinden in den ersten beiden Nachkriegsjahrzehnten.

## Parteibindungen

Schon im Wahlverhalten der Bevölkerung während der Weimarer Republik spiegelte sich die konfessionelle Verteilung in der Rhön wider. Während in den katholischen Ortschaften stets die Zentrumspartei bis zu den Wahlen im März 1933 die absolute Mehrheit erhielt, dominierten in den wenigen protestantischen Orten zunächst die Deutsche Volkspartei (DVP), ab 1923/24 die Deutschnationale Volkspartei (DNVP) und ab 1930 die Nationalsozialisten.<sup>61</sup> In den evangelischen Gebieten der thüringischen Rhön wuchs seit dem Ende des 19. Jahrhunderts hingegen der Stimmenanteil der Sozialdemokraten und ab 1919 auch der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) kontinuierlich an, die auf hessischer Seite nahezu bedeutungslos blieb.<sup>62</sup> Die Nähe zu den Kalibergwerken im Werratal, in denen viele Bewohner und Bewohnerinnen der östlichen Rhön beschäftigt waren, bewirkten eine Veränderung der Iden-

58 Landrat an Regierungspräsident Kassel, 15.01.1959, HStAM, 180 Hünfeld, 3669.

59 Im Gegensatz zu den restlichen Gebieten Hessens bildeten die vertriebenen Deutschen aus der Tschechoslowakei mit ihrer mehrheitlich katholischen Konfession in den Landkreisen Fulda und Hünfeld keine Minderheit bzw. Diasporagemeinden. Vgl. MENGES, Wandel und Auflösung, S. 4 f.

60 Vgl. KLESSMANN, Die doppelte Staatsgründung, S. 42.

61 Vgl. WEICHLIN, Die Landkreise, S. 177 f.

62 Vgl. HOHMANN, Landvolk, S. 64.



tifikation und eine stärkere Bindung an die Arbeiterparteien. Räumliche Nähe zu Industriegebieten und eine andere konfessionelle Verteilung – mit Ausnahme des Geisaer Amtes – führten zu anderen Milieustrukturen als in der hessischen Rhön. Die SED beobachtete solche Entwicklungen genau und versuchte ab den 1950er Jahren durch die forcierte Ansiedelung von Industriebetrieben im ländlichen Raum, bestehende Sozialstrukturen und Parteibindungen zu beeinflussen.<sup>63</sup>

In den katholischen Orten der Landkreise Hünfeld und Fulda stieß die Gründung der Christlich Demokratischen Union (CDU) als überkonfessionellen Sammlungspartei 1945 nicht auf ungeteilte Zustimmung. Die Union wollte, vor allem in den Bundesländern mit protestantischer Bevölkerungsmehrheit wie Hessen, bewusst nicht als Fortführung der alten Zentrumsparterie betrachtet werden.<sup>64</sup> In den beiden Landkreisen, wo die meisten politischen Akteure vor 1933 als Zentrumspolitiker aktiv gewesen waren, wuchs der Unmut über diese Ausrichtung der Partei. 1947 wurde im Landkreis Hünfeld die erste hessische Zentrumsorganisation wiedergegründet, die 1948 dort und im Landkreis Fulda – vor allem in den Landgemeinden der Rhön – Erfolge erzielte. Die konfessionellen Gegensätze, die das Wahlverhalten der Region vor 1933 so tiefgreifend geprägt hatten, wirkten auch nach dem politischen Neuanfang fort. Dennoch erreichte die CDU ab den Landtagswahlen 1946 bis zur ersten Bundestagswahl 1949 in den beiden Landkreisen stets Wahlerfolge zwischen 58 und 70 Prozent.<sup>65</sup> 1949 löste sich das Zentrum in Hessen schließlich auf. Die Mandatsträger wechselten zur CDU und auch den Mitgliedern wurde dieser Schritt empfohlen.<sup>66</sup> Während in den protestantischen Dörfern in den ersten Nachkriegsjahren vor allem die stark nationalliberal ausgerichtete FDP dominierte, gelang es der Union in den 1950er Jahren auch hier zur führenden Kraft zu werden, wobei der Stimmenanteil von SPD und FDP deutlich über den Ergebnissen in den katholischen Gemeinden lag. Der CDU gelang es in den frühen Jahren der Bundesrepublik, die konfessionellen Gräben zu überwinden. Das traf, nach anfänglichem Zögern, auch in der Rhön zu. Dazu trug sicher auch die dortige kollektive Erfahrung und Ablehnung des Grenzregimes und seiner Folgen bei.<sup>67</sup>

63 Besonders deutlich trat diese Entwicklung im kaum industrialisierten Eichsfeld hervor. Das bäuerlich-katholische Milieu empfand wenig Verbundenheit mit der Arbeiterklasse. Durch die Schaffung industrieller Großbetriebe und die Ansiedelung ortsfremder Arbeiter versuchte die SED ab Ende der 1950er Jahre dort die gesellschaftlichen Strukturen nachhaltig zu verändern. Vgl. STÖBER, Rosenkranzkommunismus, S. 20 f.

64 1950 betrug der Anteil der Protestanten an der hessischen Gesamtbevölkerung 64,1 %, während die Katholiken 32,2 % ausmachten. Der katholische Anteil war durch die Heimatvertriebenen seit 1945 kontinuierlich angestiegen. Bevölkerungsbewegungen und Konfessionen II – 16: Konfessionelle Gliederung im Jahre 1950, in: Geschichtlicher Atlas von Hessen, URL: <https://www.lagis-hessen.de/de/subjects/idrec/sn/ga/id/114> [28.07.2021].

65 Vgl. SCHMIDT, Zentrum oder CDU, S. 281; sowie GOLONSKA, Landesparteiensysteme, S. 94 f.

66 Vgl. STÖSS, Parteien-Handbuch, S. 567.

67 Vgl. KAAK, Wahlkreisgeographie, S. 40 f.

Innerhalb des katholischen Milieus in Thüringen wurde die (Ost-)CDU nach ihrer Gründung 1945 der politische Bezugspunkt, von dem man sich ein christliches Gegengewicht zur Politik der SED versprach. Katholische Geistliche traten ihr bei und warben, ähnlich wie ihre Amtsbrüder auf der westlichen Seite, in ihrer Gemeinde, vor allem nach der Sonntagsmesse, für die Partei. Die CDU positioniert sich 1945/46 deutlich gegen die entschädigungslosen Enteignungen der Bodenreform und vertrat damit die Mehrheitsmeinung der katholischen Landbevölkerung.<sup>68</sup> Durch den Druck von SMAD und SED wandelte sich die Ost-CDU ab 1947 jedoch systematisch in eine Blockpartei innerhalb der entstehenden, faktischen Einparteien-Diktatur. Viele Katholiken wanden sich daraufhin von der Union ab und erklärten ihren Austritt. Geistlichen war die Mitgliedschaft ab 1948 untersagt.<sup>69</sup> Auch in Thüringen wurde die Partei im Frühjahr 1948 umstrukturiert. 12 Kreisvorsitzende, darunter der des Kreises Bad Salzungen, mussten auf Weisung der SMAD zurücktreten.<sup>70</sup> 1950 mobilisierte die Hoffnung auf freie Wahlen noch einmal die Mitglieder der Partei. Im Kreis Bad Salzungen kritisierten sie öffentlich den Kurs der SED und versprachen neue Arbeitsplätze durch einen Politikwechsel. Als der Landesvorstand unter Otto Nuschke im März jedoch der Wahl in Form einer Blockliste der Nationalen Front zustimmte, vollzog die Partei endgültig den Schritt zur Blockpartei, die das politische System der DDR stützte. Die Mitgliederzahl sank nochmals erheblich.<sup>71</sup> Besonders im katholischen Milieu verlor die Partei ihre Stellung als dessen Interessenvertretung. Der Riss vertiefte sich zusätzlich durch das öffentliche Werben der Partei ab 1958 für die Beteiligung an der Jugendweihe, dem staatlichem Ersatzritual für Kommunion und Konfirmation.<sup>72</sup> Die deutsche Bischofskonferenz hatte 1954 die Unvereinbarkeit von Jugendweihe und den christlichen Sakramenten verkündet und schloss Kinder und Eltern im Falle der Teilnahme an der Jugendweihe von jenen aus.<sup>73</sup> Die Union blieb in den katholischen Gebieten dennoch bei Wahlen die stärkste Kraft. Auch die Wahlbeteiligung lag dort ähnlich hoch wie im Landesdurchschnitt.<sup>74</sup> Dennoch betrachtete die Mehrheit der Bevölkerung die Partei mit Skepsis und akzeptierte sie lediglich als das kleinere Übel gegenüber der SED und deren offen formulierten Atheismus.

68 Vgl. WELSH, Institutionen, S. 181.

69 Vor allem der erzwungene Rücktritt des Vorsitzenden der Ost-CDU Jakob Kaiser im Dezember 1947 war für viele Katholiken der Grund, ihre anfänglichen Hoffnungen in die Partei aufzugeben und auszutreten. Kaiser flüchtete nach seinem Rücktritt nach Westdeutschland und wurde 1949 der erste Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen. Vgl. EHM, Herde, S. 30 f.

70 Vgl. TRIEBEL, Die Thüringer CDU, S. 34.

71 Im Bezirk Suhl verlor die Partei zwischen 1952 und 1958 26 % ihrer Mitglieder. Vgl. TRIEBEL, Innenleben, S. 68 f.

72 Vgl. STÖBER, Rosenkranzkommunismus, S. 79 f.

73 Vgl. EHM, Herde, S. 176–180.

74 Diese Tatsache wurde von den offiziellen Medien der DDR oft als angebliche Unterstützung der Politik der SED durch christliche Wählerschichten angeführt: Rege Wahlbeteiligung der christlichen Bevölkerung. Vor der Kirche zum Wahllokal – Ausländische Journalisten überzeugen sich vom demokratischen Verlauf, in: Neue Zeit 13 (1957), 4, S. 1.

In den protestantischen Gemeinden der thüringischen Rhön konnten nach dem Krieg vor allem die Sozialdemokraten an ihre dominierende Stellung vor 1933 anknüpfen und wurden in den meisten Orten des Kreises Bad Salzungen bei den Kommunalwahlen 1945 zur stärksten Partei. Nach der erzwungenen Vereinigung mit der KPD zur SED hatte diese dort nur wenig Konkurrenz durch die Blockparteien.<sup>75</sup>

### Schlussbetrachtung

Die hessischen und thüringischen Gebiete der Rhön bildete bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges einen sehr homogenen Sozial- und Kulturraum. Erst die großen Wanderungsbewegungen der Nachkriegszeit brachen die alten Strukturen partiell auf. Die Grenzgebiete auf Thüringer Seite waren vor allem durch Flucht und erzwungene Aussiedlungen zahlreicher Bewohner und Bewohnerinnen gekennzeichnet. In den hessischen Landkreisen stieg die Einwohnerzahl hingegen durch den Zuzug von Heimatvertriebenen und Flüchtlingen aus der SBZ/DDR massiv an. Dabei trafen die neuen Bewohner und Bewohnerinnen, im Gegensatz zu den übrigen Gebieten des Bundeslandes, auf ein ihnen ähnliches Milieu, geprägt durch die mehrheitlich katholische Konfession und die ökonomische Dominanz von Landwirtschaft und Handwerk. Die traditionell enge, grenzübergreifende Verzahnung dieser Wirtschaftsformen löste sich nach dem Ausbau der innerdeutschen Grenze 1952 allmählich auf. Während alte Netzwerke ihrer Bedeutung verloren, sorgten staatliche Vorgaben und Förderprogramme für eine neue Orientierung der lokalen Bevölkerung und begünstigten die Akzeptanz der neuen staatlichen Strukturen. Das beinhaltete auch eine sich verändernde Selbstwahrnehmung, die nun durch die periphere Lage innerhalb des westdeutschen Staates bestimmt wurde.

Auch auf der östlichen Seite setzten tiefgreifende Entwicklung ein, die dort jedoch auf der Repression durch das Grenzregime und Manifestation der DDR als zentralistische Diktatur basierte. Offener Widerstand gegen das politische System war seit den Maßnahmen des Jahres 1952 kaum noch zu beobachten. Die geringe Beteiligung an den staatlichen Angeboten in der Jugendarbeit und der beharrliche Widerstand in vielen Orten gegen die Kollektivierung der Landwirtschaft bis 1961 zeugten von der inneren Opposition weiter Teile des katholischen Milieus und der Kontinuität sozialer Strukturen und kultureller Traditionen. Das Fünf-Kilometer-Sperrgebiet schottete die ansässige Bevölkerung in besonderem Maße ab und förderte vor allem in den katholischen Gemeinden des Geisaer Amtes die soziale Isolation und den Rückzug in kirchliche Strukturen, nachdem dort keine akzeptierte politische Interessenvertretung vorhanden war.

75 Vgl. TRIEBEL, Innenleben, S. 84.

## Bibliografie

- Gerhard ALBRECHT, Die wirtschaftliche Eingliederung der Heimatvertriebenen in Hessen (Schriften des Vereins für Sozialpolitik. Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Neue Folge 7/II), Berlin 1954
- Theresia BAUER, Blockpartei und Agrarrevolution von Oben. Die Demokratische Bauernpartei Deutschlands 1948–1963, München 2003
- Arnd BAUERKÄMPER, Ländliche Gesellschaft in der kommunistischen Diktatur. Zwangsmodernisierung und Tradition in Brandenburg 1945–1963, Köln 2002
- Inge BENNEWITZ/Rainer POTRATZ, Zwangsaussiedlungen an der innerdeutschen Grenze. Analysen und Dokumente, Berlin 2012
- Gérard BÖKENKAMP, Das Ende des Wirtschaftswunders. Geschichte der Sozial-, Wirtschafts- und Finanzpolitik in der Bundesrepublik Deutschland 1969–1998, Stuttgart 2010
- Günter BRAUN, Daten zur demographischen und sozialen Struktur der Bevölkerung. In: Martin BROZAT/Gerhard BRAAS (Hg.), SBZ-Handbuch. Staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945–1949, München 1990, S. 1069–1075
- Wolfgang CHRISTMANN/Bruno LEISTER, Zur eigenen Sicherheit? Geschichte der geschleiften Höfe und ihrer Bewohner im Geisaer Amt, Meiningen 2011
- Christop CORNELISSEN, Zur Wahlkampfkultur unter „hessischen Verhältnissen“. In: Norbert KARTMANN (Hg.), Hesse ist, wer Hesse sein will...? Landesbewusstsein und Identitätspolitik seit 1945, Wiesbaden/Marburg 2017, S. 104–115
- Martin EHM, Die kleine Herde. Die katholische Kirche in der SBZ und im sozialistischen Staat DDR (Beiträge zu Theologie, Kirche und Gesellschaft im 20. Jahrhundert 12), Berlin 2007
- Thorsten ERDMANN, Am Ende der Welt. Entwicklung des westdeutschen Zonenrandgebiets seit der Wiedervereinigung. In: Deutschland Archiv Online, 18.11.2013, URL: <https://www.bpb.de/geschichte/zeitgeschichte/deutschlandarchiv/170619/am-ende-der-welt-entwicklung-des-westdeutschen-zonenrandgebietes-seit-der-wiedervereinigung> [17.04.2020].
- Anke GEIER, Zwangsaussiedlungen als Teil der Grenzsicherungsmaßnahmen der DDR im Jahr 1952. Die Sicherung der kommunistischen Herrschaft im Grenzgebiet. In: Landesbeauftragter des Freistaats Thüringen zur Aufarbeitung der SED-Diktatur (Hg.), Vertreibungen im Kommunismus. Zwangsmigration als Instrument kommunistischer Politik, Halle 2019, S. 137–166
- Andreas GOLONSKA, Landesparteiensysteme im Föderalismus. Rheinland-Pfalz und Hessen 1945–1996, Wiesbaden 1999
- Heimatkreisverband Friedland (Hg.), Die Friedlandstube. Zum 40-jährigen Bestehen der Heimattube des Heimatkreises Friedland in Hünfeld, Hünfeld 2006
- Hans-Hermann HERTLE, Die Berliner Mauer. Monument des Kalten Krieges, Bonn 2009
- Joachim S. HOHMANN, Landvolk unterm Hakenkreuz. Agrar- und Rassenpolitik in der Rhön. Ein Beitrag zur Landesgeschichte Bayerns, Hessens und Thüringens, Bd. 1, Berlin 1993
- Heino KAAK, Wahlkreisgeographie und Kandidatenauslese. Regionale Stimmenverteilung, Chancen der Kandidaten und Ausleseverfahren, dargestellt am Beispiel der Bundestagswahl 1965 (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung 82), Bonn 1969
- Christoph KLESSMANN, Zwei Staaten eine Nation. Deutsche Geschichte 1955–1970, Göttingen 1980
- Christoph KLESSMANN, Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945–1955 (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung 298), Bonn 1991
- Volker KOOP, Den Gegner vernichten. Die Grenzsicherung der DDR, Bonn 1996
- Manfred KÜHN, Peripherisierung der Stadt. Städtische Planungspolitiken gegen den Abstieg, Bielefeld 2016
- Peter Joachim LAPP, Grenzregime der DDR, Aachen 2013
- Peter MASER, Niemals voll in das Regime integriert. Kirchen in der DDR, Erfurt 2013
- Walter MENGES, Wandel und Auflösung von Konfessionszonen. In: Eugen LEMBERG (Hg.), Die Vertriebenen in Westdeutschland. Ihre Eingliederung und ihr Einfluss auf Gesellschaft, Wirtschaft, Politik und Geistesleben, Bd. 3, Kiel 1959, S. 1–22

- Rolf MESSERSCHMIDT, Integration der Vertriebenen in Hessen. Politik und Gesellschaft. In: Bernd HEIDENREICH/Sönke NEITZEL (Hg.), Neubürger in Hessen. Ankunft und Integration der Heimatvertriebenen, Wiesbaden 2006, S. 31–55
- Erhard NEUBERT/Thomas AUERBACH, „Es kann anders werden“. Opposition und Widerstand in Thüringen 1945–1989, Köln 2005
- Bernhard POST/Gerhard WÄHL, Thüringen-Handbuch 1920–1995, Weimar 1999
- Sagi SCHAEFER, States of Division. Border and Boundary Formation in Cold War Rural Germany, Oxford 2014
- Ute SCHMIDT, Zentrum oder CDU? Politischer Katholizismus zwischen Tradition und Anpassung, Opladen 1987
- Jürgen SCHNEIDER, Das Modell Sowjetunion für die Transformation der Wirtschaft in der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands (SBZ) durch die sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) 1945 bis 1949. In: Günther HEYDEMANN/Karl-Heinz PAQUÉ (Hg.), Planwirtschaft – Privatisierung – Marktwirtschaft. Wirtschaftsordnung und -entwicklung in der SBZ/DDR und den neuen Bundesländern 1945–1994 (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung 63), Göttingen 2017, S. 43–91
- Jens SCHÖNE, Der „sozialistische Frühling“ auf dem Lande. Determinanten der SED-Agrarpolitik zwischen Reformdiskussion und Vollkollektivierung. In: Deutschland Archiv 39 (2006), 1, S. 77–85
- Staatliche Zentralverwaltung für Statistik, Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1955, Berlin [Ost] 1956
- André STEINER, Von Plan zu Plan. Eine Wirtschaftsgeschichte der DDR, Bonn 2007
- Christian STÖBER, Rosenkranzkommunismus. Die SED Diktatur und das katholische Milieu im Eichsfeld 1945–1989, Berlin 2019
- Richard STÖSS, Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945–1980, Bd. 1, Wiesbaden 1986
- Bertram TRIEBEL, Die Thüringer CDU in der SBZ/DDR. Blockpartei mit Eigeninteresse, Sankt Augustin/Berlin 2019
- Bertram TRIEBEL, Innenleben einer Blockpartei. Die Thüringer CDU in der DDR und ihre Mitglieder. In: Historisch-politische Mitteilungen 26 (2019), S. 65–85
- Dirk VAN LAAK, Mythos „Hessenplan“. Aufstieg und Wandel einer Landesplanung nach dem Zweiten Weltkrieg. In: Wendelin STRUBELT/Detlef BRIESE (Hg.), Raumplanung nach 1945. Kontinuitäten und Neuanfänge in der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt a. M./New York 2015, S. 127–149
- Jeannette VAN LAAK, Einrichtung im Übergang. Das Aufnahmелager Gießen 1946–1990, Frankfurt a. M./New York 2017
- Petra WEBER, Getrennt und doch vereint. Deutsch-deutsche Geschichte 1945–1989/90, Berlin 2020
- Siegfried WEICHLIN, Sozialmilieus Siegfried Weichlein, Sozialmilieus und politische Kultur in der Weimarer Republik. Lebenswelt, Vereinskultur, Politik in Hessen, Göttingen 1996
- Siegfried WEICHLIN, Die Landkreise Fulda Gersfeld und Hünfeld in der Weimarer Republik. In: Stefan WALDMANN (Hg.) Geschichte und Aufgabe des Landkreises Fulda. Monographie zum 175-jährigen Kreisjubiläum, Fulda 1996, S. 157–181
- Sylvia WEIGELT, Quellen zur Geschichte Thüringens, Bd. 34: „Von Zwätzen bis Ammersbach und Ziegenhain – in die LPG treten alle Bauern ein!“. Die Kollektivierung der Landwirtschaft 1950–1960, Erfurt 2010
- Helga A. WELSH, Staatliche Institutionen. Thüringen. In: Martin BROSZAT/Gerhard BRAAS (Hg.), SBZ-Handbuch. Staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945–1949, München 1990, S. 167–190
- Frank WOLFF, Die Mauergesellschaft. Kalter Krieg, Menschenrechte und die deutsch-deutsche Migration 1961–1989, Berlin 2019
- Peter WURSCI, Rennsteigbeat. Jugendliche Subkulturen im Thüringer Raum 1952–1989, Köln/Weimar/Wien 2007

## Arndt Macheledt, La divisione della Rhön. Effetti strutturali del confine tra le due Germanie nello spazio rurale dal 1945 al 1961

La regione Rhön è un'area di bassi rilievi della Germania centrale, che oggi è divisa tra i *Bundesländer* di Baviera, Turingia e Assia. La sua parte settentrionale apparteneva fino alla secolarizzazione del 1803 al territorio ecclesiastico del principato vescovile di Fulda. Per questo la composizione confessionale della popolazione si differenziava, e si differenzia tuttora, in modo significativo dalle aree circostanti. Mentre l'Assia e la Turingia furono nel Cinquecento tra i principali centri della Riforma e fino al Novecento la maggioranza della popolazione rimase protestante, la Rhön settentrionale fu prevalentemente cattolica, ad eccezione di alcune comunità. Queste circostanze portarono a un forte legame culturale con la città episcopale di Fulda e una struttura sociale e economica particolarmente omogenea.

La divisione della regione in diverse zone di occupazione dopo la Seconda guerra mondiale, portò a differenti sviluppi e a una separazione dello spazio culturale ed economico fino allora strettamente unito. I comuni turingi del distretto di Geisa si ritrovarono nella zona di occupazione sovietica. La politica di confine sempre più rigida della Repubblica democratica tedesca (DDR) influenzò negli anni Cinquanta la vita quotidiana della popolazione vicino al confine. Ne risentirono i legami economici e sociali tra i villaggi e le cittadine dell'Assia e della Turingia. I grandi movimenti migratori dell'epoca modificarono inoltre le strutture sociali nello spazio rurale.

Le zone di confine della Turingia subirono fenomeni come la fuga e l'emigrazione forzata di numerosi abitanti a causa del regime della SED (*Sozialistische Einheitspartei Deutschlands*). Nei distretti dell'Assia, al contrario, il numero degli abitanti registrò un massiccio incremento per l'afflusso di espulsi e rifugiati dalla zona di occupazione sovietica e poi dalla DDR. A differenza delle altre zone del *Bundesland*, i nuovi abitanti incontrarono qui un ambiente a loro affine, caratterizzato da una maggioranza confessionale cattolica e sul piano economico dal predominio dell'agricoltura e dell'artigianato. L'intreccio tradizionalmente stretto e transfrontaliero di queste forme economiche si dissolse dopo la chiusura del confine tra le due Germanie (*innerdeutsche Grenze*) nel 1952. Da un lato, le antiche reti persero di colpo la loro importanza, dall'altro gli indirizzi e i programmi di sviluppo statali portarono a un riorientamento della popolazione locale e all'accettazione delle nuove strutture. Ciò implicò anche un mutamento nell'auto-percezione, condizionata ora dalla collocazione periferica.

Uno sviluppo simile si registrò anche sul lato orientale, basato però sulla repressione del regime confinario e sul centralismo dittatoriale della DDR. Dopo le misure del 1952 non fu più possibile osservare una resistenza aperta al sistema politico dominante. Fino al 1961, tuttavia, la bassa partecipazione alle offerte statali di lavoro giovanile e la tenace resistenza in molte località

contro la collettivizzazione dell'agricoltura sono tracce dell'opposizione interna da parte di ampi settori del milieu cattolico nonché della continuità di strutture sociali e tradizioni culturali. In particolare la zona di interdizione di cinque chilometri condizionò la popolazione residente e promosse, soprattutto nelle comunità cattoliche del distretto di Geisa, l'isolamento sociale e il ritiro nelle strutture della chiesa, dopo che sul piano politico era venuta meno un'accettata rappresentanza degli interessi.